

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Beifallgeld vierteljährlich 8,75 fl. monatlich 8 fl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 fl. Bei Postbezug vierteljährlich 8,25 fl. monatlich 2,11 fl. Unter Streifband in Polen monatlich 5 fl. Danzig 5 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmar. — Einzelnummer 20 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Vermerk Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialschrift 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Groschen, Danzig 20 fl., 100 fl. Pf. Deutschland 20 fl., 100 fl. Goldpf. übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatvorrichtung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 240.

Bromberg, Sonnabend den 17. Oktober 1925.

49. Jahrg.

Der „Vertrag von Locarno.“ Am Donnerstag Annahme des Westpakt. Am heutigen Freitag Unterzeichnung aller Abkommen?

Locarno, 15. Oktober. (W.T.B.) In der heutigen 8. Sitzung wurde der gesamte Text des Entwurfs eines Sicherheitspaktes, sowie die Teile der Entwürfe von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich, und Deutschland und Belgien angenommen.

Locarno, 15. Oktober. (Tel.-U.) Austen Chamberlain gab Schweizer Pressevertretern gegenüber der Hoffnung Ausdruck, daß der Freitag, auf den sein Geburtstag falle, durch Unterzeichnung der Abkommen ausgezeichnet werden würde, die man den „Vertrag von Locarno“ nennen könne.

Kempner in Locarno.

Locarno, 16. Oktober. (Radiodienst) Staatssekretär Kempner ist gestern nachmittag um 1/2 Uhr wieder in Locarno eingetroffen. Unmittelbar im Anschluß an ein Essen, das die internationale Presse den Delegationen gegeben hatte, fand eine Besprechung beim Reichskanzler statt, in der der Staatssekretär über seinen Berichtsbericht berichtet.

Mussolini in Locarno.

Locarno, 15. Oktober. (W.T.B.) Heute nachmittag traf der italienische Ministerpräsident Mussolini in Locarno ein und stieg in der Villa des früheren italienischen Konsuls Marinelli ab. Mussolini hat die Reise von Mailand, wo er heute vormittag eingetroffen war, im Automobil und Motorboot gemacht. Die letzte Strecke bis Locarno wurde im Automobil zurückgelegt. In Mussolinis Begleitung reist der italienische Unterstaatssekretär für äußere Angelegenheiten, Grandi, der weiter Delegierter in Locarno ist und ihm nach Mailand eingesegnet war. Der italienische Ministerpräsident, der kurz vor 5 Uhr dem englischen Außenminister Austen Chamberlain einen Besuch abstattete, durfte bereits am heutigen Abend die persönliche Fühlungnahme mit den Hauptdelegierten aufnehmen.

Der entscheidende Tag.

Ancheinend kommt Herr Chamberlain noch nicht zu seinem Geburtstagsgeschenk.

Locarno, 16. Oktober. (Radiodienst) Der Sonderberichterstatter der Tel.-Union meldet aus Locarno, in Konferenzkreisen messe man den heutigen Verhandlungen außerordentliche Bedeutung bei. Nach dem, was man am Donnerstag aber über die Lage hörte, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Konferenz in

einem wirklich kritischen Stadium

eingetreten ist. Doch wird sich heute zeigen müssen, ob es ihr gelingt, in Fluss zu kommen. Es verlautet, daß noch sehr wesentliche Fragen ganz unerledigt sind.

Damit stimmt überein, daß Briands Urteil nach der gestrigen Abendsitzung dahin ging, daß man noch nicht fertig geworden sei. Ancheinend werden von der Gegenseite gewisse Versuche gemacht, weiter zu kommen; so scheinen die Polen bereit eine neue Fühlung gesucht zu haben, doch weiß man noch nicht, ob das, was sie mitzutun haben, so weit geht, daß es für die Deutschen ein Weiterkommen bedeutet.

Der Freitag wird damit eingeleitet werden, daß Mussolini beginnt, sich in die praktischen Probleme der Konferenz einzuschalten.

Der Schwerpunkt der Besprechungen wird wahrscheinlich in den Unterredungen zwischen den Ministern liegen. Ge-wisse Anknüpfungspunkte liegen vor; es wird sich fragen, ob sie zum Brückenschlagen stark genug sind.

Der polnische Bericht.

„Eine neue Ära des Friedens.“

Locarno, 16. Oktober. PAT. In der gestrigen deut-schö-polnischen Sitzung der Konferenz gab die deutsche Delegation im Namen der Reichsregierung die Erklärung ab, daß sie dem Rheinbund und dem Sicherheitspakt beitrete. Im Anschluß hieran wurde im Beisein der polnischen und tschechoslowakischen Delegierten der Bericht der juristischen Sachverständigen über die französisch-deutschen und belgisch-deutschen Schiedsverträge entgegengenommen. Beide Entwürfe der Abkommen wurden angenommen. Auf diese Weise sanktionierte die Konferenz offiziell die glücklichen Ergebnisse ihrer Arbeiten an einer der wichtigsten Fragen.

Minister Bawiecki legte den bisherigen Stand der Verhandlungen an der Bearbeitung eines Schiedsabkommen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei und zwischen Deutschland und Polen dar. Die Redaktion dieser Konventionen schreitet rüstig vorwärts. Sie werden sich fast auf die analogen Grundzüge stützen, die in den westlichen Schiedsverträgen enthalten sind. Somit dürfte die Konferenz, deren Erfolgen vollkommen gesichert ist, am Sonnabend beendet werden.

Der heute früh aus Berlin eingetroffene Unterstaatssekretär Dr. Kempner machte der deutschen Delegation die Mitteilung, daß Reichspräsident Hindenburg und das Reichskabinett ihren Standpunkt teilen. Das endgültige Projekt des Sicherheitspaktes wird heute an Painlevé nach Paris gesandt werden. Mussolini, der heute in Locarno weilt, wird an der Schlusssitzung der Konferenz teilnehmen. Es herrscht allgemein die Überzeugung, daß die Verhandlungen ein günstiges Ergebnis erzielen und daß am Sonnabend sämtliche sieben Dokumente unterzeichnet werden, die nach der einmütigen Meinung in Europa eine neue Ära des Friedens schaffen und zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beitragen werden.

Wie aus Paris gemeldet wird, erklärte Painlevé nach Empfang der Mitteilung über den günstigen Verlauf der Verhandlungen in Locarno Pressevertretern, daß der heutige Tag ein geschichtlicher Gedenktag sei. Der Ministerpräsident beglückwünschte Briand in herzlichen Worten. Was die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen und eines deutsch-polnischen Paktes anbelangen, so haben, wie Painlevé hervorhob, diese Verhandlungen fruchtbare Boden gefunden.

Unterzeichnung in London?

Aus Kreisen der in Locarno weilenden englischen Delegation wird gemeldet, daß die deutsch-polnischen und die deutsch-tschechoslowakischen Schiedsverträge gleichzeitig mit dem Rheinbund am Sonnabend vormittag endgültig zur Annahme gelangen sollen. In einer der nächsten Sitzungen wird auch das Datum der Bekanntgabe sämtlicher in Locarno getroffenen Abkommen festgesetzt werden. Weiter wird gemeldet, daß aus Höflichkeitserwägungen für die Person des englischen Außenministers, der nichtamtlich den Vorsitz in der Konferenz hat, die man eine Konferenz am „runden Tisch“ nennen kann, sämtliche Dokumente in London unterzeichnet werden sollen, wohin sich zu diesem Zweck Luther, Briand, Venesch, Skrzynski und wahrscheinlich auch Mussolini begeben werden. Die in Locarno getroffenen Abkommen werden den Parlamenten der interessierten Staaten zur Ratifizierung vorgelegt und die Originale der Abkommen im Archiv des Völkerbundes in Genf niedergelegt werden. Vorgeschenkt ist auch die

Einberufung einer besonderen Versammlung des Völkerbundes zur Annahme Deutschlands, das einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhält.

Begeisterung Chamberlains und der Journalisten.

Bei einem Frühstück, das die internationale Vereinigung der Pressevertreter zu Ehren der Vorsitzenden der einzelnen Delegationen gab, herrschte eine enthusiastische Stimmung. Chamberlain wurde, als er sich erhob, um eine Rede zu halten, eine riesige Ovation dargebracht. Im Namen sämtlicher Delegierter sagte Chamberlain: Die in Locarno erreichte Einigkeit ist ein Vorschub auf den Weltfrieden. Der hier abgeschlossene Pakt wurde uns nicht aufgezwungen, er ging vielmehr aus dem Einverständnis sämtlicher Teilnehmer hervor, und das Ergebnis dieser Verträglichkeit wird der Friede zwischen den Völkern Europas sein. Die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Staaten Europas rüsten sich hier auf die Grundlage der absoluten Gleichheit des guten Willens und der gegenseitigen Rücksicht. Dies wird einen sofortigen Widerhall in der internationalen Entspannung und in der Befriedung des Kontinents finden. Der Pakt bedeutet keinen Triumph für irgend eine Delegation, denn er ist das Ergebnis einer aufrechten Zusammenarbeit, einer Einigkeit und des besten Willens, den jede Delegation ihm entgegengebracht hat. Bei unserer Ankunft in Locarno hat sich niemand von uns zu der Behauptung versteigert, daß wir das vollbringen werden, was wir vollbracht werden.

Londoner politische Kreise sind über die erreichte Verständigung sehr zufrieden. Es herrscht dort die Überzeugung, daß

ein neuer Friedensgeist über Europa

schwebt. Das größte Lob gebührt sämtlichen Delegationen, die die Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Vertrauen und zur Loyalität bei der Arbeit am gemeinsamen Wohl bewiesen haben. Die Verhandlungen weichen sich in der Atmosphäre der Freundschaft ab, die in Zukunft eine friedliche Lösung der Fragen prophezeit, welche durch die Staatsmänner Europas noch zu lösen sein werden.

Zurückhaltende Beurteilung in Berlin.

Bei der Besprechung der letzten Meldungen aus Locarno weisen die Berliner Abendblätter darauf hin, daß nach der Ansicht gewisser politischer Kreise die bis jetzt erreichte Verständigung nicht überzeugend werden dürfe. Die endgültige Annahme des Sicherheitspaktes könne erst dann erfolgen, wenn der ganz Komplex der in Locarno angeschnittenen Fragen auf dem Wege der Verständigung erledigt wird. Dabei sind sicher die deutschen Nebenforderungen gemeint, die sich auf die schriftliche Verpflichtung der Westmächte zur Räumung Kölns, der Erleichterung des Besatzungsregimes im Rheinland, der vorzeitigen Räumung des Saargebiets und auf gewisse Modalitäten bei der Verwaltung der freien Stadt Danzig beziehen.

Deutschlands Haltung in der Ostfrage.

Die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“ läßt sich aus Locarno an a. melden:

Der deutsche Standpunkt in der Frage der östlichen Schiedsverträge geht zunächst davon aus, daß eine unmittelbare Parallele zwischen den Motiven für

die Schiedsverträge mit den westlichen und allen übrigen Grenznachbarn nicht besteht. Im Westen handelt es sich um die Überbrückung einer Lücke, welche die spezifische Lage Frankreichs fordert, einer Lücke, die ihren Ausgangspunkt in der politischen Entwicklung der Nachkriegszeit hat und insgesamt bedrohlich im europäischen Gleichgewicht empfunden wird. Für Polen und die Tschechoslowakei ist das gleiche Bedürfnis nicht anzuerkennen, sondern hier gibt den Grund zu dem Abschluß von Schiedsverträgen vornehmlich die deutsche Bereitschaftserklärung, mit jedem Staat, bei dem ein Aushang vorliegt, Schiedsverträge nach dem Muster verschiedener in den letzten Jahren bereits geschlossener zu vereinbaren. Der Zusammenhang zwischen dem Begriff dieser deutschen Bereitschaftserklärung zu den beiden in Frage kommenden Nachbarregierungen und den Verhandlungen über den Westpakt ist unter Bezugnahme auf das Bündnisverhältnis von den ersten begründet worden, das zwischen Frankreich und Polen bzw. Frankreich und der Tschechoslowakei besteht. Dieser Zusammenhang wird nach wie vor deutlicher abgelehnt. Ebenso wird deutlicher abgelehnt, eine Verfälschung des dem ganzen Vertragswerk zugrundeliegenden Schiedsgerichtsgedankens zuzulassen, wie sie in einer Verwirklichung der ursprünglichen französischen Forderung nach einer „Garantie“ der östlichen Schiedsverträge durch Frankreich entstehen würde. Zurzeit bewegen sich die Vorschläge der Oststaaten in dieser Richtung, wonach der Völkerbund, als die Überwachungsinstanz im obersten Range, die sich aus den erwähnten Bündnisverpflichtungen ergebenden Berechtigungen aber erst an nachgeordneter Stelle berücksichtigen soll. Endlich gilt es deutlicher, Verbrechen abzuwehren, die diesen östlichen Schiedsgerichtsverträgen entgegen oben dargestelltem Charakter der Erklärung die Form eines Paktes zu geben wünschten. Auch bei dem zweifellos guten Willen auf deutscher Seite, mit allen Nachbarn in geordneten und gesicherten Beziehungen zu leben, sind Interessen, wie die für den Sonderfall des deutsch-sowjetischen Verhältnisses und seine endgültige Überführung in einen dauernden wirklichen Friedens-aufstand bestehenden an der deutschen Ostgrenze in keiner Weise gegeben.

Polen und Locarno.

Ein deutsch-polnisches Kompromiß.

Wie der in Locarno weilende Korrespondent des „Kurier Poznański“ seinem Blatte unter dem 14. Oktober telegraphiert, verbreitete sich spät in der Nacht das Gericht, daß um sieben Uhr abends zwischen sämtlichen Delegierten ein endgültiges Kompromiß zustande gekommen ist. Auch die letzten Hindernisse in der Frage des deutsch-polnischen Schiedsvertrages wurden beseitigt.

Am Dienstag richten die Alliierten an die deutsche Delegation ein 24stündiges Ultimatum, in welchem eine Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Annahme des Textes des Rheinpakts gefordert wurde. Gestern vormittag hat Hindenburg den entsprechenden Bericht Kempners bestätigt. Chamberlain, Briand, Scialoja und Vandervelde gingen daher sieberhaft an die Arbeit, ein Kompromiß zwischen Deutschland und Polen zustande zu bringen. Infolge der Schwierigkeiten, die sich diesem Kompromiß entgegenstellten, wurde die Plenarsitzung der Konferenz abgeagt. Nach 7 Uhr abends wurden jedoch die Juristen zusammengerufen, denen der Auftrag erteilt wurde, daß durch Zusammensetzung von Seiten des Ministers Skrzynski erreichte Kompromiss juristisch zu formalisieren. Im Laufe des heutigen Tages sollen alle acht Dokumente vorbereitet werden, die in der Schlusssitzung sämtlicher sieben Staaten unterzeichnet werden können.

Skrzynski soll eine Formel angenommen haben, nach welcher die Garantie des deutsch-polnischen Schiedsvertrags in die Hände des Völkerbundes gelegt wird. Zwischen Frankreich und Polen werden Dokumente ausgetauscht, in denen Frankreich sich verpflichtet, über die Interessen Polens zu wachen, und Polen zur Wahrnehmung der Interessen Frankreichs. Diese Dokumente sollen im Völkerbund registriert werden. Im Falle eines Konflikts wird Frankreich das Recht haben, durch deutsches Gebiet zu marschieren, jedoch nur auf Grund eines einmütigen Beschlusses des Völkerbundrates, daß Deutschland die Schuld an dem Konflikt trägt.

Da die deutsche Delegation die Abgabe einer ausdrücklichen Erklärung im Traktat mit Polen abgelehnt hat, daß Grenzstreitigkeiten dem Schiedsgericht nicht unterliegen, hat sich Minister Skrzynski unter dem Druck der Alliierten mit einer Kompromisserklärung Deutschlands zufrieden gegeben, daß es sich verpflichtet, die Bestimmungen des Verfailler-Traktates zu akzeptieren. Die Alliierten sehen diese Erklärung als gleichbedeutend mit der ursprünglichen Forderung Skrzynskis an, und die unklare Form wurde mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung hat, gewählt.

Der Komplex der Pakte kann auf diese Weise als ein vollbrachtes Werk angesehen werden. Die Stimmung unter den Delegationen der Westmächte ist überaus befriedigt, trotzdem am meisten Grund zur Freude und des Triumphes Deutschland hat.

Polnische Pressestimmen.

Zu dieser Meldung nimmt der „Dziennik Posnański“ in folgenden Ausführungen Stellung: Die obige Nachricht würde, falls sie sich als richtig erwiese, eine ernste Niederlage für unseren Standpunkt bedeuten. Allerdings muß diese Nachricht wie jede andere Information aus Locarno mit Reserve aufgenommen werden, und man muß ihre Bestätigung abwarten. In jedem Falle müßte aber festgestellt werden, daß die Zuweisung der Garantie des Schiedsvertrages zwischen Polen und Deutschland an den Völkerbund, in dem Deutschland einen privilegierten Standpunkt eintimmt, diesen Vertrag seines ganzen Wertes berauben würde. Wenn Frankreich und Polen sich verpflichten, über ihre gegenseitigen Interessen, die durch den deutschen Wall

und die Barricade des Völkerbundes getrennt sind, zu wachen, dann wird der positive Wert einer solchen Verpflichtung auf den Nullpunkt sinken. Eine solche Formel würde direkt den Bestand des französisch-polnischen Vertrages bedrohen. Wenn ein Konflikt für den Deutschland die Schuld trägt, ausdrückt, soll Frankreich das Recht des Durchmarsches durch deutsches Gebiet erst auf Grund eines Beschlusses des Völkerbundes erhalten. An diesen Teil der Nachricht zu glauben, fällt schwer, da er ersichtlich zu viel Unsinne enthält. Vor allem wird es Frankreich, wenn Deutschland die Schuld an einem Konflikt trifft, nicht bloß "freisetzen", das deutsche Gebiet zu überschreiten, sondern jedes Mitglied des Völkerbundes wird auf Grund des Art. 16 die Verpflichtung haben, gegen den Angreifer — nämlich Deutschland — aufzutreten.

Die Nachricht über die Erledigung des Problems der polnisch-deutschen Grenze ist unklar und verworren. Dagegen ist der Passus über die "Kompromissklärung Deutschlands, daß es die Bestimmungen des Versailler Vertrages achten werde", sehr deutlich. Unter dem Druck der Alliierten hat sich Skrzynski mit der Auffassung der deutschen Delegation einverstanden erklärt. Wie kann man indessen diese Erklärung als gleichbedeutend mit der ursprünglichen Forderung des Ministers Skrzynski ansehen, der zweifellos fordern mußte, daß die gegenwärtigen Westgrenzen Polens niemals einen Streitgegenstand bilden dürften, während Deutschland sich nur verpflichtet, den Willen zu achten, der in dem Verfailler Vertrage ausgedrückt ist. Das alles ist für uns unverständlich. Trotz aller dieser Widersprüche und Unklarheiten verbergen sich unter den Nachrichten, die uns hente aus Locarno und aus Warschau bezüglich des Kompromissabkommens zu gehen, für uns beunruhigende Zugehörigkeiten, die sehr geheimnißvoll klingen und hinsichtlich unserer staatlichen Politik, wenn man sich überhaupt aus den vorliegenden Depeschen ein Bild machen kann, unbefriedigend sind. Es herrscht der Eindruck vor, daß wegen der Befürchtung, die Ministerkonferenz könnte scheitern, die Front der Alliierten vor dem Druck des Stremannischen Widerstandes zu weichen beginnt, was zum Teil auf Kosten der Sicherheit und endgültigen Garantie der Ostgrenzen Europas resp. Polens und der Tschechoslowakei geschieht. Wir begreifen die Befürchtung, daß Minister Skrzynski unter dem Druck der Alliierten zu rasch dem Kompromiß beigetreten ist, indem er sich mit dem platonischen deutschen Versprechen begnügte, den Versailler Vertrag zu achten. Wir begreifen Hoffnung, daß die westlichen Politiker über die Lage im Osten Europas zu gut unterrichtet sind, um so leicht zurückzuweichen vor dem deutschen politischen Programm, das zum Ziele hat, ein Spiel aufzunehmen, das mit allem anderen eher endigen würde, als mit dem Frieden und der Pazifizierung Europas.

Der "Dziennik Wydawnictwa" schreibt:

"Wenn sich dieses Telegramm seinem ganzen Inhalt nach bestätigen sollte, würde der Sicherheitspakt nichts anderes bedeuten als die Gefahr der Änderung unserer Westgrenzen in nicht ferner Zukunft. Nach diesem Vertrage verzichtet Frankreich auf den polnisch-französischen Vertrag, der uns im Falle eines Krieges mit Deutschland absolut Hilfe garantierte, und an seine Stelle tritt eine nichtssagende Erklärung von der Wachsamkeit über die polnischen Interessen. In seinem Falle ist es Frankreich auf Grund eigenen Entschlusses gestattet, Deutschland anzugreifen; darüber kann nur ein einstimmiger Besluß des Völkerbundes entscheiden, was in der Praxis unausführbar ist. Weiter läßt das Telegramm ausdrücklich eine Änderung der Grenzen gegen Deutschland zu, da Deutschland die Erklärung abgelehnt hat, daß die deutsch-polnische Grenze unantastbar sei. Statt dessen will es bloß die Bestimmungen des Versailler Vertrages achten, und eine dieser Bestimmungen des Versailler Vertrages spricht ausdrücklich von der Möglichkeit der Grenzänderung, wenn sich die Notwendigkeit dazu erweisen sollte. Ein auf diese Weise abgeschlossener Sicherheitspakt würde für uns nur eine unsägliche drohende Gefahr bedeuten. Es ist dies Wasser auf Tschiffersins Mühle, der die Möglichkeit eines sowjetisch-polnisch-deutschen Bündnisses lanciert. Ob Frankreich dabei besser fahren würde, wird die nächste Zukunft lehren. Und was wird dann mit den englischen Kolonien in Asien werden? Die Geschichte kennt schon höchste Gerechtigkeit, die den Verrat der Freunde streng bestraft."

Das in Thorn erscheinende nationaldemokratische "Slowo Pomorskie" schreibt: Die Konferenz von Locarno nähert sich ihrem Ende. Der Druck Chamberlains, der Freitag seinen Geburtstag feiert, macht sich auf die Teilnehmer dieser Konferenz immer mehr bemerkbar. Er möchte noch in dieser Woche die Beratungen beenden und in der nächsten in London sein. Nach den Nachrichten, die heute früh aus Warschau eingetroffen sind, ist die Lage in Locarno ungefähr folgende: Der Westpakt ist fertig. Gestern kam es zur endgültigen Verständigung zwischen allen Delegierten. Dieses Einvernehmen wurde dank der Nachgiebigkeit der Westmächte gegenüber Deutschland durch einen Kompromiß erreicht. Die Zugeständnisse sind sehr weitgehende. Drei Worte illustrieren genau die Lage der Konferenz in den letzten Tagen:

Finis traktatu Wersalskiego —

Ende des Versailler Vertrages!

In den uns am meisten interessierenden Fragen, nämlich in der Frage des Ostpaktes, ist die Lage folgende:

Nach Herkunft des Einvernehmens zwischen den Delegierten der Westmächte und Deutschland begann ein konzentrischer Angriff auf den Ostpakt und hauptsächlich auf Polen. Diesen Angriff haben wir in Locarno nicht ausgehalten und wir haben das Spiel vollständig verloren auf folgende Weise: Der Ostpakt wird gänzlich unabhängig vom Westpakt sein. Es ist absolut keine Rede von der Garantierung der Grenzen Polens. Im Gegenteil, Herrn Skrzynski ist es nicht einmal gelungen, die politischen Streitfälle in den Rahmen des Schiedsvertrages mit Deutschland hineinzubringen. Er unterlag dem Druck Chamberlains und der deutschen Delegation. Die Garantie Frankreichs für Polen und Polens für Frankreich ist dank der Formulierung der Bestimmungen des Art. 16 vollständig illusorisch geworden.

Drei grundsläßige polnische Forderungen haben bei den jüngsten Verhandlungen nicht die geringste Unterstützung oder Sicherung gefunden. Es rächt sich unsere Kompromiß-Politik, an die sich die ganze Welt gewöhnt hat. Diese Politik brachte uns in eine Falle, aus der man neue Auswege suchen müßte. Wir befanden uns nämlich von der einen Seite gegenüber Beschlüssen, die anzunehmen uns unmöglich war, und auf der anderen Seite gegenüber dem Vorwurf, den Frieden zu sabotieren, was unzweckmäßig aus der Erklärung Chamberlains gegenüber den Zeitungsmännern hervorgeht. Wir stehen dem siegreichen neuen, gleichberechtigten Deutschland gegenüber, das im Völkerbundrate unser Richter sein wird. Ein Kampf mit ihm wird von nun an erheblich schwieriger sein. Aus den Äußerungen englischer Blätter geht klar hervor, wohin die deutschen Pläne zielen, daß das zweite deutsche politische Programm in dem Dreiecke nach Osten besteht. Und daß dieser Plan auf der Konferenz in Locarno eine der wichtigsten Operationsgrundlagen fand, aus der sich unverzüglich die Zwischenfälle ergeben werden. In diesen Falstrüden können wir uns nicht helfen. Wir müssen eine neue Sicherung suchen, ohne die alte aufzutun, die uns in vielen Fällen großen Nutzen bringen kann. Am übrigen wird es Sache einer geschickten Politik sein, jene zwei Sicherungen zu einer Einheit zusammen

zu tun. Die Vorfälle in Locarno werden zweifellos die deutsch-sowjetischen Bande lockern, die schon etwas geslockt waren, trotz aller äußeren, gegenteiligen Scheins. Diese Umstände muß die polnische Politik ausnutzen verstehen, und die Volkgemeinschaft muß diese neue Notwendigkeit begreifen. Die Unabhängigkeit des Staates ist ein zu wichtiges Moment. Verstand und gefundenes Urteil müssen siegen, und gebieten uns die Vergangenheit und das Gefühl zu vergessen. Es handelt sich hier nicht darum, die weltliche Orientierung aufzugeben, wohin uns die Geschichte und die Tradition weist. Es handelt sich hier vielmehr um die Erneuerung dieser Orientierung bezüglich des Westens durch die Politik und die Wirtschaft. Diese Angelegenheit muß die polnische Politik sofort in Angriff nehmen. Dieser Weg wird uns aus den Falstrüden von Europa befreien. Andererseits wird einen Pakt der uns die Westgrenzen nicht garantiert, kein Sejm und Senat in Polen ratifizieren, wenn er sich nicht mit der Volkgemeinschaft in Konflikt bringen wird, und noch weniger wird ein Minister oder eine Regierung ihn unterzeichnen können.

Die zweite Welle der Optantenausweisungen aus Polen.

Nach dem Wiener Vertrag ist der 1. November 1925 der Termin, an dem die zweite Gruppe der deutschen Optanten Polen verlassen haben müssen. In den nächsten Tagen wird infolgedessen eine neue Optantenwelle aus Polen nach Deutschland fließen, da sich die Haltung der polnischen Regierung in der Optantenfrage nicht geändert hat. Maßgebend für den Standpunkt Polens ist der Brief, den der polnische Außenminister Graf Skrzynski dem deutschen Gesandten in Warschau Ende August geschrieben hat und in dem die ablehnende Haltung Polens erneut bestätigt worden ist. Skrzynski hat damals erklärt, die polnische Regierung könne nicht verstehen, daß Schädigungen in den Beziehungen der beiden Völker eintreten würden durch die Inanspruchnahme von Rechten aus einem Vertrag. Gegenüber diesem Standpunkt der Polen darf darauf hingewiesen werden, daß der formale Rechtsstandpunkt, wie er sich aus dem Wiener Vertrage ergibt, nie verstritten worden ist. Andererseits ist Polen zur Ausweisung der Optanten nicht gezwungen, sondern es ist in sein Ermessen gestellt, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Unzweckhaft ist, daß durch die bisherige Haltung Polens in der Optantenfrage die innere Annäherung zwischen beiden Völkern unmöglich gemacht werden ist.

Von der jetzigen Optantenausweisung werden diejenigen Gründbesitzer betroffen, die in den Grenzgebieten und in den Festungsgebieten Wohnsitz und Grundbesitz haben. Man muß damit rechnen, daß mehr als 2000 Optanten Polen verlassen müssen. Das Lager in Schneidemühl ist daher erneut hergerichtet worden. Eine dritte Optantenwelle wird dann noch im nächsten Sommer folgen, und zwar müssen bis zum 1. Juli 1926 alle Grundbesitzer, die für Deutschland optierten, das Land verlassen haben.

Die reichsdeutsche Presse weist im Anschluß an diese Meldung darauf hin, daß das polnische Verhalten in der Optantenfrage in krassen Widerspruch zu der Locarno-Konferenz steht und — ganz zu schweigen von der Erbitterung und Mißstimmung, die das deutsch-polnische Verhältnis wiedertragen müssen — nicht dazu angeht, die internationale Stellung Polens, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, zu erleichtern.

Amerikanische Hilfe für Polen?

Warschau, 15. Oktober. Vor einigen Tagen brachten wir die Nachricht, daß die Regierung mit Vertretern ausländischen Kapitals in der Eisenbahnenfrage Verhandlungen führt. Wie die Lodzer Republik nun mehr erfährt, gehen die vorbereitenden Verhandlungen über die Beteiligung amerikanischen Kapitals an dem Ausbau der polnischen Eisenbahnen ihrem Ende entgegen. Gegenwärtig handelt es sich um die Ausarbeitung eines Optionsaktes, der jedoch erst nach einem entsprechenden Besluß des Sejm unterzeichnet werden kann. In dieser Angelegenheit konferierte Ministerpräsident Grabowski mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten Stetson.

Wie aus New York nach Warschau erzählt wird, wird in amerikanischen Wirtschaftskreisen die Frage der Vergrößerung des Kapitals der Bank Polska eifrig besprochen. Der "Republik" zufolge werde angenommen, daß eine Mitgliedergruppe der Ford'schen Bank die Absicht habe, Polen, Rumänien und Österreich eine Anleihe zu gewähren, d. h. den europäischen Staaten, die einen schnellen, jedoch verhältnismäßig geringen Kredit nötig haben.

Moskau-Berlin.

Die Sowjetpresse über den deutsch-russischen Handelsvertrag.

OG. Moskau, 15. Oktober. Die Sowjetpresse begrüßt den Abschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen mit Begeisterung, aber doch nicht ohne eine gewisse Zurückhaltung. Die "Iswestija" schreibt: "Wenn man den Inhalt des Vertrages aus dem rein wirtschaftlichen ins Politische übersetzt, so ergibt sich der Ideenkomplex, der im Rapallovertrag fixiert ist." Das Blatt sieht in dem Abkommen viele positive Seiten, hält diesen aber doch die Warnung entgegen, daß die durch den Garantievertrag drohende "Einbeziehung Deutschlands in die britische Einflussphäre" der Betätigungen der deutschen Wirtschaft im Osten viele Hindernisse bereiten könnte. Die "Pravda" beginnt ihren Artikel ebenfalls mit erfreuten Betrachtungen über das "nach elf Monaten schwerer und subtiller Arbeit endlich zustandegemachte Werk", das trotz der von beiden Seiten gemachten Zugeständnisse dennoch beide Kontrahenten befriedigen dürfte. Die "reale Bedeutung" des Abkommens hänge aber doch davon ab, welchen Inhalt Deutschland in die Form legen werde. Auch werde erst der Ausgang der Konferenz in Locarno zeigen, "wie weit Deutschland bei Unterzeichnung des Vertrages aufrichtig war und ob es wirklich bereit ist, das Abkommen nicht als einen feigen Papier zu behandeln, sondern es mit solidem wirtschaftlichen Inhalt zu erfüllen." Einen ähnlichen Standpunkt nimmt in derselben Nummer des Blattes auch Radetski ein, der in einer längeren Betrachtung über Locarno Deutschland vor "halben Entscheidungen" warnen zu müssen glaubt.

Weiterer Einschränkungen macht das führende Wirtschaftsblatt, die "Ekonomscheskaja Shishu", die ihre Genugtuung über die "bedeutende Förderung der wirtschaftlichen Annäherung der beiden Länder" zum Ausdruck bringt. In diesem Blatt werden auch weitere Einzelheiten des Handelsvertrages mitgeteilt, so u. a. daß im Art. 6 des Mantelvertrages das deutsch-russische Abkommen vom 6. Mai 1921 aufgehoben und die Geltung des Rapallovertrages ausdrücklich weiterhin aufrecht erhalten wird. Wie im Rapallovertrag findet auch in dem neuen Vertrag diejenigen Staaten, die Bestandteile des ehemaligen Russischen Reiches waren, von der Deutschland eingeräumten Meistbegünstigungsklausel ausgenommen. In

einer Anlage zum Wirtschaftsabkommen werden die wichtigen Veterinärfragen geregelt, die sich bei der Einfuhr von Tieren aus Russland nach Deutschland ergeben. Was die Vertragsfristen betrifft, so sind der Handelsvertrag und die damit zusammenhängenden Abkommen auf zwei Jahre, das Abkommen für den gewerblichen Rechtschutz und das Steuerabkommen auf vier Jahre und das Konsularabkommen mit dem Nachlaßabkommen und dem Abkommen über Rechtshilfe auf fünf Jahre abgeschlossen worden.

OG. Berlin, 16. Oktober. Derstellvertretende Außenhandelskommissar des Sowjetbundes Grumkin ist, wie der Ost-Express erfährt, in Berlin eingetroffen. Seine Reise, die unmittelbar nach der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages erfolgt, steht mit dem Ausbau der Handelsbeziehungen und der Verwertung des deutschen 100-Millionen-Mark-Kredites im Zusammenhang.

Hinter den Kulissen der Geheimpolizei.

Unter dieser Überschrift berichtet das "Slowo Pomorskie": Vor der Thorner Strafkammer fand am Dienstag eine Verhandlung statt gegen drei frühere resp. noch im Amt befindliche Beamte der Staatspolizei. Die Anklageschrift wirft den angeklagten Brüdern Ignaz und Jan Kroll und dem Boleslaw Baranowski bewußte Nekreide vor mit Bezug auf den Chef ihres Amtes, den Oberkommissar Wisowolski, durch die Behauptung, dieser habe

die Überwachung des Wojewoden von Pommerellen durch Beamte der politischen Polizei angeordnet. Oberkommissar Wisowolski tritt als Nebenkläger auf. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Osowski übernommen.

Der erste Angeklagte erklärt, daß er sich zu keiner Schuld bekennen könne. Er war Beamter der politischen Polizei in Graudenz. Als er einmal in Thorn seinen Bruder besuchte, der auch Beamter der politischen Polizei war, habe er von diesem erfahren, daß Herr Wisowolski die Überwachung des Wojewoden angeordnet habe. Nach der Rückkehr nach Graudenz habe ihn sein Vorgesetzter Herr Kausch gefragt, was es in Thorn Neues gebe, und da habe er von diesem Gerücht erzählt.

Als der Angeklagte von den inneren Verhältnissen der politischen Polizei zu sprechen beginnt, wird auf Antrag des Staatsanwalts gegen den Widerspruch der Verteidigung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach etwa einstündigem Verhandlung wird das Urteil verkündet; es lautet gegen die Brüder Kroll auf Freispruch und gegen Baranowski auf nur 50 al. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis beantragt.

Was sagt der Herr Wojewode von Pommerellen zu dem eigenartigen Tatbestand, der offenbar diesen Freispruch bedingt?

Die Ausbeutung des polnischen Konsumenten.

Das Bündholzmonopol hat bereits wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt. Bekanntlich wurde in dem Vertrag der Preis für eine Kiste Streichhölzer auf 170 al festgesetzt. Der schwedisch-amerikanische Trust hat selbstherlich diesen Vertrag gebrochen, indem er den Preis auf 170 al in Gold erhöhte. Diese Valorisierung in Gold bedeutet bei dem heutigen Stand des Blots eine Preiserhöhung von 20 Prozent. Außerdem hat es den Trust für zweckmäßig erachtet, die Zahl der Streichhölzer in einer Schachtel von 60 auf 45 Stück zu reduzieren, was 25 Prozent ausmacht, so daß der Preis sich weiter bedeutend erhöht.

Das schwere Stück hat sich jedoch der schwedisch-amerikanische Trust damit geleistet, daß er auf den Schächtelchen nur Aufschriften in schwedischer und englischer Sprache anbrachte. Kein Wort polnisch! Und das auf Streichholzschächtelchen, die in Polen hergestellt werden und für den polnischen Konsumenten bestimmt sind. Würde nur auf den Schächtelchen ein einziges deutsches Wort stehen, welch Geschrei würden die chauvinistischen Blätter erheben, so aber ...

Kleine Rundschau.

* Die größte Zeitschrift der Welt ist die in Philadelphia erscheinende Wochenschrift "Saturday Evening Post", die bei 250 Seiten Umfang, großes Quartformat, in fast drei Millionen Exemplaren (1) verbreitet wird und — 20 Pfennig pro Nummer kostet. Der Schriftsteller, dem es gelang, eine Arbeit von etwa 1500 Druckzeilen in der "Post" unterzubringen, erhält dafür das wahrhaft fürstliche Honorar von 1000 bis 1500 Dollar. Natürlich drängen sich die besten und populärsten Schriftsteller Amerikas und Englands zur Mitarbeit. Diese Honorarzahlungen bei dem billigen Bezugspreis kann sich die Zeitschrift allerdings leisten, denn für etwa 150 Millionen nimmt sie pro Nummer über eine Million Dollar ein. Die "Post" ist eine der ältesten Zeitschriften der Welt. Sie wurde 1728 von Benjamin Franklin gegründet und ist seitdem ununterbrochen erschienen.

* Freundschaft über alles. Nasreddin, der türkische Gulenspiegel, traf einmal einen alten Freund, der ihn aufforderte, mit ihm ins Kaffeehaus zu geben und eine Partie Schach mit ihm zu spielen. Sie begaben sich also in die Herberge des Ortes, riefen den Krawatschi heran und ließen sich ihren Reisbrauntwein (Raki) und ein Brettspiel geben. Nachdem sie wenige Züge getan hatten, bemerkte plötzlich der Freund, daß er eine große Dummheit gemacht habe; nicht lange, so sah er einen zweiten Fehler in seinem Spiele, da er aber sehr zerstreut war und nach kurzem einen dritten Pudel schob, schlug er sich mit der Hand vor die Stirn und rief: "O Allah, ich Esel, ich einfältiger Trost!" — Stirnrunzelnd blickte ihn der Hodja an, sagte aber nichts als: "Schweig!" — Es dauerte einige Minuten, so sah der Freund von neuem einen Fehler in seinem Spiele, sprang zornig auf und rief: "Und ich bin doch ein Dummkopf, ein Einfaltspinsel!" — Kaum hatte er dies gesagt, so sprang auch Nasreddin auf, und ehe sich sein Freund versetzen hatte, hatte ihm der Hodja eine tüchtige Maulschelle verabreicht. Ganz verdutzt stierte ihn der andere an und sagte dann: "Was soll das? Warum schlägst du mich?" — "Wie kannst du noch fragen?" sprach der Hodja. "Bist du nicht mein Freund? Nun, wohlan, du hast meinen Freund einen Esel und einen Dummkopf genannt. Wer aber meine Freunde beleidigt, der hat mit mir zu tun, das merke dir!"

Gust. Halm.

In Danzig
liest die
Deutsche Rundschau
für November 3 Gulden.
Einzahlung an Postkasse-Konto Danzig 2528.

Bromberg, Sonnabend den 17. Oktober 1925.

Pommereilen.

16. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

Schutzverband selbständiger Kaufleute zu Graudenz.

Der Vorstand hatte zum vergangenen Mittwoch, 14. d. die Mitglieder zusammengezogen, um gegen die neue Vermögenssteuer protest zu erheben. Wie zu erwarten war, fehlte fast kein Mitglied bei dieser Versammlung; denn die Steuerbelastung ist für jeden Einzelnen unerträglich geworden. Der Vorsitzende, Herr Arnold Kriedt, wies darauf hin, daß bei der jetzigen schweren wirtschaftlichen Lage, bei der Unmöglichkeit, seinen Verpflichtungen pünktlich nachzukommen, bei der Unlöslichkeit, die in allen Wirtschaftskreisen Platz gegriffen hat, weil jeder um seine Zukunft bangt, die Zahlungsaufforderung der erhöhten Vermögenssteuer wie eine Bombe eingeschlagen habe. Es mußte sich jeder sagen, daß die Regierung über die Wirtschaftslage des Landes sehr schlecht unterrichtet sein müsse, wenn sie nicht wisse, daß es jetzt gar nicht möglich sei, diese Steuer aufzubringen. Kurz nach der Zahlungsaufforderung zur Vermögenssteuer kamen die Zahlungsaufforderungen zur staatlichen und kommunalen Einkommensteuer. In diesem Monat sind dann noch die hohen Umlaufsteuern, die Mietsteuern usw. zu bezahlen. Die infolge dieser Maßnahmen herrschende verzweifelte Stimmung kam auch in der Versammlung von allen Seiten zum Ausdruck. Der an den Finanzminister gerichtete Protest wurde daher einstimig gebilligt und wird, von allen Mitgliedern unterschrieben, sofort abgefasst werden. Unterschriften mit Firmenstempel können noch im Geschäftszimmer geleistet werden. Es wurden dann von vielen Seiten Klagen vorgetragen, daß sowohl bei den Vermögenssteuern, als auch bei der Einkommensteuer die Kommissionen bedeuten über die eingereichte Declaration gegangen sind. Den Mitgliedern wurde empfohlen, sich in jedem Falle die Unterlagen für die Erhöhung geben zu lassen, und dann sofort dagegen Berufung einzulegen.

Herr Dubay gab eine Übersicht über die städtischen Steuern. Dabei kam der hohe Preis für das elektrische Licht zur Sprache. In früheren Jahren hat das Elektrizitätswerk bedeutende Überflüsse abgeworfen, jetzt muß es mit seinen Überschüssen Kosten decken, die mit seinem Betriebe nichts zu tun haben. Der Vorstand wurde beauftragt, bei der Stadt einen Auftrag einzureichen, daß die Preise für elektrisches Licht für Großabnehmer gestaffelt werden. Auch wegen Aufhebung der Hotelsteuer soll an die Stadt herangetreten werden, da diese Steuer der Stadt mehr schadet als nutzt; denn die Reisenden ziehen es vor, in den Nachbarstädten zu übernachten, die diese Steuer nicht erheben. Von mehreren Seiten wurde angeregt, bei den Versammlungen des „Schutzverbandes“ die städtischen Steuern und Lasten zu besprechen, und den Stadtvorordneten die Wünsche der Kaufleute und Gewerbetreibenden vorzutragen, denn sie haben die Hauptlast der großen Besteuerung zu tragen.

In der nächsten Sitzung wird das neue Umsatzsteuergesetz, das mit dem neuen Jahre in Kraft tritt, erörtert werden.

A. Von der Weichsel ist keine wesentliche Änderung des Wasserstandes zu berichten. Das Weichselladeufer ist wie ausgestorben. Schon seit einiger Zeit wurden Schiffe weder beladen noch entladen. Gerade im Herbst herrschte in früherer Zeit dort lebhafter Verkehr. Besonders Kohlen- und Rohstoffsendungen trafen ein, aber auch Kolonialwaren wurden für die Großkaufleute ausgeladen. Stromab nahmen die Schiffe hauptsächlich Getreide, aber auch Industrieerzeugnisse.

d. Zwangsversteigerungen in Geschäften werden häufiger. In früherer Zeit fanden derartige Versteigerungen in einer besonderen Auktionshalle statt oder auch auf dem Hof eines Gasthauses. Es war dort dem Publikum leichter möglich, die ausgebötenen Gegenstände in Augenschein zu nehmen. In die meist dunklen Läden können nur wenige Kaufleute eintreten und eine genauere Besichtigung ist nicht möglich. Die Waren werden meist sehr billig verkauft. Bei einer Zwangsversteigerung in einem Schuhgeschäft wurde in diesen Tagen das Paar Schuhe mit 5 zł erstanden. Früher kam es vielfach vor, daß besonders bei Konkursen das ganze Warenlager auf Grund der aufgestellten Inventur abgegeben wurde. Die Waren konnten genau angesehen werden und der Käufer sein Gebot gut überlegen.

i. Verarbeitung der Findlingssteine zu Kopfsteinen. Wie bereits mitgeteilt wurde, sollen die massiven Pfeiler der Eisenbahnbrücke bei den letzten Eisgängen und Hochwasser von den umlagernden Sandmassen befreit sein. Schon im Vorjahr wurden gewaltige Findlingssteine mit der Bahn herangeschafft, um zum Schutz rund um die Pfeiler verankert zu werden. Seit Monaten lagerten die Steine unter der Brücke. Niederndings werden sie durch einen Stein-schläger zerkleinert und zu Kopfsteinen verarbeitet. Diese sollen dann um die Pfeiler verankert werden. Die Beschaffung und der Transport von Kopfsteinen wäre wohl billiger zu stehen gekommen, als die umständliche Verarbeitung.

e. Von Friedhof in Kalinien. Wie die „Rundschau“ seinerzeit berichtete, war der Friedhof der früheren Vorortsgemeinde Kalinien stets verwahrt und hatte z. B. keine Einfriedigung mehr. Da durch Abwanderung von Angehörigen dort Beerdigter viele Gräber nicht mehr geplagt worden waren, ein Friedhofsbesitzer auch nicht vorhanden war, so wurde in den letzten Jahren viel gestohlen und vernichtet. Eisenne Gitter wurden entwendet, Grabtafeln zerstört und sonst manch Unfug auf dem Friedhause verübt. Da trotz mehrfacher Hinweise der „Rundschau“ auf den Zustand der Begräbnisstätte vom Magistrat aus nichts zur Abhilfe getan wurde, hatte die deutsche Sejmfraktion eine Interpellation an die Regierung gerichtet. Wie man jetzt erfährt, hat die Stadt den würdelosen Zustand beendet und eine neue Einfriedigung herstellen lassen. An der noch unausgebauten Kalinienstraße (Kalinikowo) führt ein hoher Zaun aus Maschendraht entlang, während an den andern Seiten dicht nebeneinander Stacheldrähte an kräftigen Holzposten festgesetzt sind. Oben sind gleichfalls mehrere Stacheldrähte, so daß ein Übersteigen kaum ausführbar ist. Der Friedhof war bereits seit Jahren geschlossen, zumal er als uralte Begräbnisstätte stark belegt war. Wie man jetzt hört, soll er wieder als Friedhof Verwendung finden, und zwar sollen die Mitglieder der „Landeskirche“ dort ihre Toten beerdigten. Die vor einiger Zeit hier, wie in anderen Orten Polens, von der römisch-katholischen Kirche entstandene Abspaltung hat stets zahlreiche Anhänger gefunden. Wie es heißt, wurde diesen Katholiken die Beerdigung ihrer Toten auf dem katholischen Friedhof im Stadtwald nicht gestattet. Auf dem Kalinien-Friedhof haben bereits Beerdigungen von Angehörigen der neuen Landeskirche stattgefunden. Der Friedhof muß unter Verschluß gehalten werden. Es ist anzuerkennen,

dass durch Einschreiten des Magistrats die Begräbnisstätte vor dem völligen Untergang bewahrt worden ist.

d. Buchtriebversteigerung. Die am Donnerstag auf dem städtischen Viehmarkt veranstaltete Buchtriebversteigerung der Pommereischen Herdbuchgesellschaft war nur sehr schwach besucht. Das Geschäft verlor denn auch dementsprechend flau. Kaufangebote gingen nur stockend ein, und es mußten zahlreiche Tiere zurückgekauft werden. Die Geldknappheit erwürgt jeden Handel und Wandel. Wir kommen auf die Versteigerung noch zurück.

* Zwei Kinder abgestürzt. In der ul. Kosciuszki ereignete sich Mittwoch mittag ein trauriger Unfall: Aus dem zweiten Stockwerk des Hauses 7a fielen zwei Kinder von 4 und 5 Jahren auf den Bürgersteig herunter und stießen dabei selbstverständlich so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mussten.

Thorn (Toruń).

— dt. Musterung von Hengsten. Auf Anordnung des Wojewoden findet am 27. Oktober, vormittags 9 Uhr, vor dem Gebäude des Starostwo eine Musterung von Hengsten statt. Verdeutscher, die Hengste haben, müssen diese bis spätestens den 20. Oktober auf dem Magistrat, Raum Zimmer Nr. 19, in die Liste eintragen lassen. Zu widerhandelnden droht Geldstrafe von 60 zł.

— dt. Zwangsversteigerungen und kein Ende. Nicht nur kleinere Handwerker und Gewerbetreibende haben infolge der drückenden Besteuerung einen schweren Stand, sondern auch größere Unternehmen kämpfen schwer, um die Steuern aufzubringen. In diesen Tagen werden einem der ältesten und angesehensten Hotels eine Menge Weine und Liköre zwangsweise versteigert, da der Hotelbesitzer nicht in der Lage ist, allen Steueraforderungen gerecht zu werden.

* Wegen Vertrags militärischer Geheimnisse stand vor dem Thorner Bezirksgericht der frühere Gendarmerieoffizier und Wojewodschafts-Referent Stanislaus Palusziewicz unter Anklage. Er soll im November des Jahres 1923 als Referent bei der Wojewodschaft in angetrunkenem Zustande eine Altkontakte mit sehr wichtigen militärischen Geheimakten verloren haben. Der Angeklagte bekannte sich schuldig und wurde zu 2½ Monaten Arrest verurteilt.

* Ein Lotterieschwindler. Die Kriminalpolizei forderte die durch einen gewissen K. Szewczyński Geschädigten auf, ihre Ansprüche im Büro Altstädtischer Markt 10 schriftlich oder mündlich geltend zu machen. Sz. hatte eine „amerikanische Lotterie“ veranstaltet.

* Große Beträgereien und Unterschlagungen bei der Firma „Biednoczny Przemysł i Handel“ wurden auf Veranlassung der hiesigen Kaufmannschaft aufgedeckt. Die beiden Kompanions dieser Firma Roman Galski und Olgierd Odyniec haben große Mengen Getreide aufgekauft und dieses weiter verkauft. Sie haben von den Abnehmern stets Barzahlung gefordert und auch erhalten, aber die Lieferanten nie bezahlt. Auf diese Weise wurden die Kaufleute Neumer-Schönsee (Nowalewo), Almet-Briesen (Briegno) und Koletz-Kantenburg (Kobzarka) um über 18 000 zł geschädigt. Beide Firmeninhaber wurden verhaftet.

* Neustadt (Wejherowo), 15. Oktober. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Wirtschaftsplan für das Jahr 1925 von 466 000 zł auf 525 000 zł erhöht. Nach lebhafter Diskussion wurde mit Stimmenmehrheit den städtischen Beamten eine Gehaltszulage von 15 Prozent ab 1. November bis auf Widerruf bewilligt.

* Stargard (Starogard), 15. Oktober. Von einer Lokomotive angeschaut wurde vor einigen Tagen in der Nähe der Föriere Kochanek der Streckenläufer Stanislaus Dombrowski aus Stargard. Außer anderen Verletzungen erlitt er auch einen Rippenbruch. Er wurde in das St. Elisabethkrankenhaus in Stargard geschafft.

st. Tuchel (Tuchola), 15. Oktober. Der Unfall der taubstummen Dobberstein, von dem berichtet wurde, fand noch ein trauriges Nachspiel. Eine ältere Schwestern der Unfallverletzen nahm sich die Sache so zu Herzen, daß sie einen Schlag an sich erlitt und nach mehrstündigem Bewußtlosigkeit verstarb. — Diebstahl oder Kleptomanie? Die Ehefrau eines wohlhabenden Landwirts aus dem hiesigen Kreise machte in einem Kolonialwarengeschäft Einkäufe. Die Dame bewegte sich längere Zeit hinter dem Verkaufstisch und beschäftigte Waren, und das Geschäftspersonal, um die gute Kundin nicht zu erläutern, mußte ihr Vermögen dort dulden. Da bemerkten die Verkäufer mit Erstaunen, daß die Dame allerhand Waren verschwinden ließ. Seife, Urin, Kaffeeshot, alles fand Platz in der mitgeführten unergründlichen Handtasche. Der Geschäftsinhaber, dem der peinliche Vorfall mitgeteilt wurde, ließ für den Wert der zu Unrecht entnommenen Waren das Konto der Dame belasten. — Gestrichen wurden aus den Mitgliedern der Gesellschafts- und Wohlfahrtsvereine auf polizeiliche Aufforderung einige Mitglieder, weil sie nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen.

su. Wittenburg (Dobromyska), Kreis Briesen, 13. Oktober. Am vergangenen Sonntag feierte die evangelische Kirchengemeinde Wittenburg ihr 25 jähriges Bestehen. Außerdem verriet nur eine Girlande am Tor und das laubgeschmückte Kirchenportal mit einer großen 25 darüber die Bedeutung des Tages. Im Inneren war die Kirche reichlich mit Girlanden aus Eichenlaub geschmückt. Nach dem ersten Glockenläuten gab der Posauenschor durch Abspielen mehrerer Choräle Kunde von dem Festtag. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach Chor- und Gemeindegebet und nach der eigens zusammengestellten Eingangsliturgie hielt Vic. Schneider selbst Predigt. Vor Jahren war Vic. Schneider selbst Prediger in unserer Gemeinde. Weitere Bieder des Kirchenchores und Chorgesang der Gemeinde mit Orgel- und Posauensbegleitung schlossen den Festgottesdienst feierlich ab. Nachmittags fand ein Kirchenkonzert statt, in dem Chor- und Einzelgeänge, sowie mehrere Violinsoli des Herrn Bieks aus Bromberg und einige Deklamationen gegeben wurden. Eine Schlussansprache des Vic. Schneider und Chor- und Gemeindegesänge gaben dem hohen Festtag einen feierlichen Ausklang.

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 15. Oktober. Die Befürchtung, die bereits beim Beginn des Teilstreiks auf der Danziger Werft und Eisenbahn-Werftkäten A.-G. geäußert wurde, ist nun leider in Erfüllung gegangen: Das große Unternehmen hat sich genötigt gesehen, seinen Betrieb vollständig stillzulegen. Am Dienstag und Mittwoch wurden rund 500 Arbeiter entlassen, der Rest von über 1500 Mann wird in etwa 10 Tagen folgen. Mit den freiliegenden oder infolge des Teilstreiks bereits entlassenen rund 1000 Arbeitern werden dann über 3000 weitere

Arbeitslose vorhanden sein, was zweifellos einen neuen schweren Schlag für die Danziger Wirtschaft bedeutet, die ohnedies schon mit zahllosen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Des weiteren wird die Danziger Werft ihren sämtlichen 500 Angestellten nahelegen, sich umgehend um andere Stellungen zu bemühen, da es noch durchaus ungewiß ist, ob der Betrieb überhaupt wieder aufgenommen werden wird. Die Ursache dieser überaus bedauerlichen Betriebsseinstellung ist die, daß es ihr einfach unmöglich ist, die von der Arbeiterschaft geforderte Lohnherhöhung zu zahlen.

Kleine Rundschau.

* Schnefälle in Deutschland. Im ganzen Riesengebirge sind während der Nacht zum Mittwoch ziemlich starke Schneemengen niedergegangen. Die Schneelage reicht bis ins Tal hinunter, doch bleibt der Schnee im Tal nicht liegen, während der Raum vollständig verschneit ist. — In Erfurt herrscht seit Mittwoch nachmittag bei stürmischer kalter Witterung heftiger Schneefall. — Aus den höher gelegenen Ortschaften des Grägebirges und des Vogtlandes werden Schneefälle gemeldet. Die Felder, in denen noch die Kartoffeln stecken, sind bereits von einer Schneedecke überzogen. — Im Westerwald fiel Mittwoch nach einer Meldung aus Köln der erste Schnee.

* Der Selbstmord am 100. Geburtstag. Großes Aufsehen ereignet in Italien der Selbstmord einer Hundertjährigen Anna Conti, die in der Nähe von Bergamo lebte, feierte am letzten Montag ihren 100. Geburtstag, und unmittelbar nach der Feier erschoss sie sich mit einem Revolver. Sie hinterließ einen kurzen Brief, in dem sie erklärte, daß sie dieser Welt müde sei und daß sie sich nach der anderen Welt und Gott sehne.

* Das Krokodil auf der Wolga. Viel beachtet wird in Moskau die sogenannte Reklame, durch welche ein neu gearbeitetes russisches Wappenblatt in Ufa auf sein Er scheinen aufmerksam gemacht hat. In der Zeitung von Ufa erschien nämlich eine sensationell aufgemachte Meldung, laut welcher ein Krokodil aus dem Zoologischen Garten in Moskau entflohen und schwimmend auf den Flüssen Wolga, Wolga, Nama und Belaja auf dem Wege nach Ufa begriffen sei. Mit einem drohenden „Vorsicht, Münzburger!“ schloß diese falsche Warnung. Es folgten dann im Laufe mehrerer Tage dauernde Mitteilungen über das Herannahen des Krokodils, über Kämpfe von Soldatenabteilungen mit dem exotischen Raubtier u. dgl. Diese Zeitungsmeldungen hatten nun zur Folge, daß in den Dörfern an der Belaja, deren weltfremde Bewohner von einem Krokodil nur eine sehr unklare Vorstellung haben, die absurdesten Schaurergerüchte entstanden. Wie die Moskauer Blätter berichten, wagten die Bauern nicht mehr, ihr Vieh auf die Weide zu treiben, den Kindern wurde das Baden im Fluss verboten, man soll sogar die Errichtung von Palissaden zum Schutz der Dörfer geplant haben. Endlich stellte es sich heraus, daß die geheimnisvollen Warnungen nur der Reklame eines neuerscheinenden Wappenblattes mit dem Namen „Das Baskirische Krokodil“ gewesen waren, dessen Redaktion nunmehr dem erstaunten Publikum die Meldung macht, daß das Auftreten des Krokodils sei „nur symbolisch“ gemeint. Die Moskauer „Pravda“ gibt den Redakteuren des Wappenblattes humoristisch den Rat, sich niemals in die in Panik versetzten Dörfer an der Belaja zu wagen, weil sie dort wahrscheinlich mit den zum Empfang des Krokodils auserwählten Knüppeln und Beilen die unangenehmste Bekanntheit machen würden.

Thorn.

Mein einjähriger Beiden - Bestand ist zu verkaufen, 11986 Max Arlinger, Niesawla bei Podgorz.

Damenschneiderei H. Jabs, fertigt Kleider :: Röcke :: Mäntel.

Zur Anstellung von Trauer-Anzeigen empfiehlt sich A. Dittmann, G. m. b. H. Bydgoszcz.

Ledigen, ordentlichen Mälter sucht Windmüller, Starz Toruń, post. 11984

Lehrling der Mechaniker werden will u. poln. sprechen kann, wird gesucht. 11987 N. Nenns, Bielany 43, Mechanikermeister.

Bäder - Lehrling kann sofort eintreten. 3. August, Bädermeister, ul. Wodna 29. 11983

Rozgarty! Sonntag, den 18. Okt. 1925.

Schubert, Löwe, Ninkau. — Karten: 4 u. 3 zł, 2 zł (Stehplatz) bei Oskar Stephan, Szerota Nr. 16. 11917

Jazz - Bergnügen wozu freundl. einladet. 11988 Der Wirt.

Sonntag, den 18. Okt. 25. (19. n. Trinitatis)

Osterh., Bem. 10 Uhr; Gottesdienst, 11 Uhr; Kindergottesdienst, 12 Uhr; 3 Uhr: Jungfrauenverein.

Schönsee. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst, 4 Uhr: Kindergottesdienst, danach Jungfrauenverein.

Graudenz.

Kinderpfeiferin sucht Stellung. Off. u. B. 11986 a. d. G. d. 3. 2 mögl.

Zimmer mit Küchen, an ein Chevaux (auch einzeln an Damen) zu verm. Bidardt, Myszkiego 47, II. Dorf, auch Klavierunterricht. 11984

Gemeinde - Haus.

Sonntag, d. 18. 10. 1925, nachm. 4 Uhr Kaffee-Konzert Diele Eigenes Gebäck :: Warme u. kalte Speisen Gepflegte Biere :: Auserlesene Weine Willy Marx.

Amerika und Russland.

(Von unserem Londoner O.E.-Berichterstatter.)

Die Verweigerung des amerikanischen Einreisevisums für den kommunistischen Abgeordneten des britischen Unterhauses Saklatvala hat das Interesse der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten wiederum den bolschewistischen Problemen zugewandt. Der Fall Saklatvala ist typisch für die amerikanische Einstellung zum Problem Sowjetrusslands. Durch einen mehr oder minder starken Konnex hat Westeuropa Einblick in die russischen Verhältnisse tun können. Nicht immer war der Blick westeuropäischer Beobachter russischer Zustände klar und ungetrübt; die Ergebnisse ihrer "Forschungsreisen" dienen aber zur Bildung einer — ob falschen oder richtigen, ist eine andere Frage — Vorstellung vom Wesen Russlands. Anders in Amerika. Der lebendige Konnex zwischen den Vereinigten Staaten und Russland nahm mit dem Abschluß der Interventionsperiode und dem Hungerjahr 1921 ein Ende. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern reisten weder Arbeiter noch sonstige Studienlegationen nach Russland. Für die Tragweite der sozialen Probleme, deren Lösung in Russland gesucht wurde und noch immer gesucht wird, fehlt in Amerika so gut wie jedes Verständnis. Eine instinktive Ablehnung wendet sich gegen die "subversive Propaganda", d. h. die umstrittene russische Propagandatätigkeit der dritten Internationale, die man sich als eine Art russischen Ku-Klux-Klan vorstellt. Die amerikanische Arbeiterschaft, die auch nach dem Tode von Gompers wenig radikale Neigungen verspürt, wird von ihren Führern immer noch scharf antikommunistisch instruiert, so daß von dieser Seite keine Parteinahe für Russland zu erwarten ist. Auch die sowjetrussischen Persönlichkeiten, die nach Amerika kommen, können das Interesse an Russland als soziales Problem kaum wachrufen, denn sie kommen als Kaufleute, die genau wie andere Kaufleute Waren kaufen oder verkaufen wollen und Kredite fordern, mit der einzigen aber um so wichtigeren Eigentümlichkeit, daß hinter ihnen in den Augen der amerikanischen Geschäftswelt nicht kaufmännische Tradition und Solidarität, sondern ein großes wirtschaftspolitisches Fragezeichen steht. Da die Russen aber sehr darauf bedacht sind, ihren Verpflichtungen korrekt nachzukommen, so entwickelt sich der russisch-amerikanische Handel, aneauer der russischen Einfäße in den Vereinigten Staaten, ziemlich günstig im Gegensatz zum russischen Handel mit England und Frankreich, wo neben wirtschaftlichen Erwähnungen soziale und politische Hemmungen nicht selten fast unlösbar Hindernisse bilden. In den ersten 9 Monaten des laufenden Wirtschaftsjahrs 1924/25 betrug der Gesamtumsatz des russisch-amerikanischen Handels 66,7 Millionen Dollar, gegenüber 51,1 Millionen in der gleichen Zeit des Wirtschaftsjahrs 1923/24. Russland exportierte nach den Vereinigten Staaten Rauchwaren, Vorsten und Därme und führte Baumwolle, Chemikalien, Leder und Lederwaren und vor allem landwirtschaftliche Maschinen aus Amerika ein.

Das mangelnde Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit an Russland begünstigt die offizielle amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion, die auf dem Prinzip des "wait and see" aufgebaut ist. Noch immer steht das Staatsdepartement in Washington auf dem Standpunkt, daß mit einem Gemeinwohl wie das heutige Russland, nur bei grundlegender Änderung seiner bisherigen Wirtschaftsform und politischen Zielsetzung eine Wiederaufnahme der politischen Beziehungen ratsam wäre.

Man hatte erwartet, daß der neue Staatssekretär Kellogg, der als amerikanischer Botschafter in London Gelegenheit hatte, mehrere Sowjetpolitiker, u. a. auch Rakowski, persönlich kennenzulernen, eine langsame Wendung in der amerikanischen Politik gegenüber Russland vorbereiten würde. Dies ist aber nicht geschehen, was übrigens auch völlig der von den Vereinigten Staaten seit Wilsons Tode eingenommenen abwartenden Beobachterrolle in europäischen Fragen entspricht. Die chinesischen Ereignisse haben an diesem Standpunkt Amerikas wenig ändern können, da sie in erster Linie England betreffen und Amerika in Asien vor allem an Japan interessiert ist. Somit ist eine Änderung in den bisherigen russisch-amerikanischen Beziehungen für die nächste Zeit kaum zu erwarten, umso mehr, als die Schwierigkeiten Englands und Frankreichs in der russischen Frage wenig ermutigend wirken.

Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Amerika und Russland sind die

Aussichten viel günstiger. Vor kurzem ist erst eine der größten ausländischen Konzessionen in Russland, die Harriman-Manganerzkonzession in Tschitatury, zustandegekommen. Außerdem interessiert sich amerikanisches Kapital vorwiegend für die russische Landwirtschaft. Vorerst haben mehrere jüdisch-amerikanische Finanzleute ein großangelegtes Programm für die Intensivierung der Landwirtschaft im südlichen Kolonisationsgebiet in Südrussland entworfen. Die ersten Mittel sind sogar bereits ihrer Bestimmung zugeführt worden. Aber auch über dieses enge Betätigungsgebiet hinaus zeigt sich in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den großen russischen Kaufen an landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem namentlich von Traktoren, immer steigendes Interesse an der russischen Agrarproduktion. Es ist durchaus möglich, daß es in nächster Zeit zu größeren amerikanischen Agrarkonzessionen in Russland kommen wird. Jedenfalls entwickeln die rißigen Vertretungen des amerikanischen Ackerbauministeriums in den verschiedenen europäischen Hauptstädten, vor allem in London und Berlin, in dieser Richtung eine rege Tätigkeit. Der amerikanische Kapitalüberfluss könnte auch auf diesem Gebiet unter Umständen größere Betätigungs möglichkeiten finden.

Stelle in naher und sicherer Aussicht ist, möglichst sofort verkauft werden. Auch hierbei steht die genannte Beratungsstelle den Optanten in jeder Richtung zur Verfügung. Ihre Anschrift lautet:

Optantenberatungsstelle für Getreide- und Viehverwertung
bei der Landwirtschaftskammer für die Grenzmark
Posen-Westpreußen
in Schneidemühl
Güterbahnhofstraße Nr. 26/27.

Briefkasten der Redaktion.

J. B. in C. 1. Wir sind der Ansicht, daß die Forderung unbestreitbar ist, da ein Erfordernis des § 15 der deutschen Aufwertungsvorordnung vom 16. Juli 1925 für die Rückzahlung hier nicht gegeben ist. 2. Wegen Anmeldung der Reichsanleiher werden noch Verträge des Reichsfinanzministers ergehen.

K. R. B. 1. Sie können den persönlichen Schuldner in Deutschland in Anspruch nehmen, müssen aber die erwähnten Tatfaulen unter Beweis stellen. Nach Wahl können Sie noch den jetzigen Besitzer für die Hypothek haftbar machen. Die Aufwertung der Summe beträgt 375 Bl. erhalten haben Sie 50 Bl. (= 8000 Bl. vom 1. Okt. 1920). 2. Braucht nicht angemeldet zu werden. 3. Die Kosten trägt derjenige, der die Eintragung beantragt. 4. Zulässig sind nach der Umrechnung bis 24 Prozent; es muß aber Vereinbarung stattfinden. Es ist bei der großen Zahl der Anfragen ganz unmöglich, sie sofort zu beantworten. Ihren Namen haben wir nur der Abonnementsquittung entnehmen können.

R. R. B. 1. 200 Bl. 2. 171,75 Bl. 3. 6,45 Bl. 4. 22,95 Bl. 5. 25 Bl. 6. Bei den 12000 Mark handelt es sich erstmals um eine Darlehenshypothek, die nur mit 15 Prozent aufzusezieren = 2222,50 Bl.

S. B. 1. Auskunft nicht möglich, da keine genaue Angabe über den Zeitpunkt der Entstehung der Hypothek; 1920 stand die Mark zwischen 19 und 100. 2. Der umgerechnete Wert ist 370,55 Bl. Nach der Umrechnung können höhere Zinsen verlangt werden, es muß aber eine Vereinbarung stattfinden. Zulässig sind bis 24 Prozent. 3. Wenn die Forderung der 10000 Mark gleichfalls vor dem Krieg entstanden ist, dann die Hälfte der Summe unter 2.

D. 22. I. 15 Prozent = 370,55 Bl.

A. R. 100. Sie haben nach Umrechnung zu beanspruchen 2062,80 Bl. Die Zinsen sind nach den Bestimmungen des Vertrages noch zu zahlen von der umgerechneten Summe. Sie brauchen die Rückzahlung nicht bis 1927 zu warten, das Kapital ist vielmehr nach vierjährlicher Kündigung zu zahlen. Sie können jetzt einen höheren Zinsfuß mit dem Schuldner vereinbaren.

E. S. in M. 1. Wir halten es für unwahrscheinlich, daß Ihnen die Durchsetzung einer Aufwertung noch gelingt, nochdem Sie seinerzeit auf eine schriftliche Fixierung des Vorbehalt verzichtet haben. 2. Nach der Umrechnung können Sie höhere Zinsen — bis 24 Prozent — verlangen, aber Sie müssen den Zinsfuß mit dem Schuldner vereinbaren. Gewiß ist die Auszahlung auf Grund einer Vereinbarung auch ohne Hypothekenbrief möglich.

A. R. Storaczeiko. Sie sind zur Zahlung von 15 Prozent = 481,25 Bl. verpflichtet. Über die künftigen Zinsen müssen Sie mit dem Gläubiger eine Vereinbarung treffen.

A. R. O. Wir kennen keinen Rechtsittel, auf Grund dessen ein solcher Zwang auf Sie ausgeübt werden könnte.

Wertes Mitglied! Die 25000 Papiermark vom 1. 4. 22 waren nach der dem deutschen Aufwertungsgesetz vom 16. 7. 25 beigegebenen Tabelle 857,50 Goldmark wert. Zog wäre das Geld, wenn es nicht so angelegt war, daß es auf Aufwertung Anspruch machen kann, völlig wertlos.

T. 100. 1. Die Restaufgeldforderung hat dadurch, daß sie einen anderen übertragen wurde, ihren Charakter als Restaufgeld nicht verloren. 2. Sogenannte Kindergelder, d. h. Gelder, die aus der Leitung gemeinschaftlichen Vermögens herrühren, werden mit 60 Prozent aufgewertet.

J. R. Die Aufwertung erfolgt mit 60 Prozent. In diesem Falle bildet die aufgewertete Summe 27184,80 Bl.

G. L. 100. 1. Für die 6000 resp. 5000 Mark beträgt die Aufwertung 15 Prozent = 1111,05 Bl. resp. 925,80 Bl. 2. Die 15 800 Mt. sind auch für Sie Restaufgeld. Diese Hypothek kann nur auf 18½ Prozent aufgewertet werden, die persönliche Forderung auf 60 Prozent aufgewertet.

C. R. U. G. ist Ihnen die Zundersfabrik für den Betrag voll haftbar, und zwar in diesem Falle auf Heller und Pfennig. Hier kann auch u. G. von den Einschränkungen des § 29 der Verordnung vom 14. 5. 24 nicht die Rede sein. Wir verstehen nur nicht, wie Sie die ganze, rechtlich so klare Angelegenheit so lange haben anstecken lassen können.

H. R. in T. Im ganzen 1407 Bl. Wenn in dem Überlassungsvertrag über die Auszahlung nichts bestimmt war, ist das Geld nach vierjähriger Kündigung fällig. Über die Zinsen müssen Sie sich mit den Geschwistern einigen.

Franz G. Sch. in P. Es handelt sich um Restaufgeld, das seinen Charakter als solches durch die Abreitung an Sie in keiner Weise verloren hat. Die Hinterlegung des Geldes für Sie hat gar keine Bedeutung; die Haupfsache ist, ob Sie es angenommen haben oder nicht. Wenn Sie es nicht angenommen haben, können Sie Ihre erhöhten Ansprüche in vollem Maße geltend machen.

A. G. G. Da der genannte Verein sich ancheinend auf der gesetzlichen Basis hält, haben Sie keine Handhabe, ihn zu einer früheren Regelung der Sache zu zwingen. Aber Sie haben ja noch fast ½ Jahr Zeit.

Rundschau des Staatsbürgers.

Zahlungserleichterungen bei der Vermögenssteuer
Die Warthauer Zeitungen bringen übereinstimmend folgende Meldung:

Das Finanzministerium hatte bekanntlich verkündet, daß die Zahlungsauforderungen zur Errichtung der Differenz zwischen den fälligen drei definitiven Raten der Vermögenssteuer, welche in der ersten Kontingent-Gruppe, die die Landwirtschaft umfaßt, 60 Prozent dieser Raten betragen, und den in der Form von Vorschüssen und provisorischen Raten bewirkten Zahlungen den Interessenten zugestellt werden.

Mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage hat nun das Finanzministerium verfügt, daß die Zahlung innerhalb von 60 Tagen vom Tage der Zustellung der Zahlungsauforderung an gerechnet, nur in Höhe des vierten Teils der erwähnten Differenz zu erfolgen hat.

Um den Hansbesitzern, denen auf Grund des Art. 66 des Gesetzes vom 11. August 1923 seinerzeit die Zahlung der Vermögenssteuer bis zum 1. Januar 1926 gestanden worden war, die Zahlung zu erleichtern, hat das Finanzministerium die Zahlung der betreffenden Differenz auf vier gleiche Vierteljahresraten verteilt. Die erste Rate ist bis zum 15. Februar, die zweite bis zum 15. Mai, die dritte bis zum 15. August und die vierte bis zum 15. November 1926, ohne Hinzurechnung der Zinsen für die Stundung, fällig.

Diese Erleichterungen werden ohne besondere Gesuche der Steuerzahler gewährt.

Optantenberatungsstelle für Getreide- und Viehverwertung.

Das Deutsche Generalkonsulat in Posen bittet uns, folgendes bekannt zu geben:

Auf Wunsch der deutschen Regierung ist bei der Landwirtschaftskammer für die Grenzmark Posen-Westpreußen eine "Optantenberatungsstelle für Getreide- und Viehverwertung" eingerichtet worden, die dafür sorgen soll, daß die zu erwartenden Getreide- und Viehmenge möglichst ohne Verluste für die Optanten verwertet werden können. Es wird bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hingewiesen, daß Rindvieh zur Einfuhr nach Deutschland nicht zugelassen ist, die übrigen Vieharten unter den schon bekanntgegebenen Bedingungen. Für sein Vieh sorgt derjenige am besten, der es jenseits der Grenze bei Verwandten oder Bekannten unterbringt. Eine Mitnahme ins Lager ist mit Schwierigkeiten und Gefahren verbunden. Für Verluste auf dem Transport oder im Lager, wo bekanntlich durch das Zusammenströmen von vielerlei Vieh die Seuchengefahr erheblich ist, übernimmt die Deutsche Regierung keinerlei Haftung. Schweine, Schafe und Geflügel, vielleicht auch Wallache sollten, wenn nicht eine Siedlung

ab 17. Oktober 1925 werden die Autobusse

der B. A. P. (Bydgoszcz Kreis-Bahnen)
Nr. 6 u. 8 auf der Linie

Koronowo — Bydgoszcz,
Haltestelle Alarissenkirche, nach nachstehend.

Pläne vereinbart:

7,45 ab Koronowo an 10,15
13,00 " " 16,00
17,00 " " 19,30
8,45 an Bydgoszcz ab 9,15
14,00 " " 15,00
18,00 " " 18,30

Fahrtelpreise v. Koronowo n. Gościeradz 0,50 z

" " Tryszczyn 1,20 "

" " Bydgoszcz 1,80 "

Gepäck über 25 kg = 1 Fahrlartenvpreis.

Größeres Gepäck können die Reisenden mit der Kreisbahn aufgeben, wo die Beförderung billiger ist.

Darüber hinaus nehmen wir Beförderungen auf diese Linie entgegen, jedoch mindestens 1 Tag voraus gegen ausdrückliche Beförderung zu angemessenen Preisen.

Bydgoszcz Koleje Powiatowe
Komunikacja Autobusowa

(Bydgoszcz Kreis-Bahn),

Majewostki, Betriebs-Direktor.

Empfehle mich als pers.

G Schneiderin

für Anfänger werden

erteilt Hetmańska 7,

1. Treppen, 1. Et.

Zu Bücherabstützen

Buchführung u. sonstig.

Bürof. u. L. 8313 a. d. Gt.

an die Geschäftsst. d. 3.

G Heisequart

für täglich frisch

Schweizerhof,

Sp. zo. o.

Jackowsiego 25/27.

Telephon 254.

11228 Telephon 254.

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

1. Stühle

zum flechten nimmt an

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

11228 Telephon 254.

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

1. Stühle

zum flechten nimmt an

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

1. Stühle

zum flechten nimmt an

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

1. Stühle

zum flechten nimmt an

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

1. Stühle

zum flechten nimmt an

Braun, Dworcowa 6.

d. Gt.richt.

1. Stühle

zum flechten nimmt an

Die Wasserwege Polens.

Den wichtigsten Verbindungswege beim Holzexport aus den östlichen Gebieten der Republik Polen stellt, wie der Minister für Öffentliche Arbeiten, Ing. Rybczynski, kürzlich polnischen Pressevertretern gegenüber ausführte, der Niemen dar, welcher von der Mündung der Szczara ab fließt, mit Ausnahme eines kleinen Abschnittes in der Nähe der Swisłocz-Mündung. Der letztere Abschnitt könnte jedoch nach der Beendigung der unbedingt notwendigen Arbeiten ebenfalls der Flößung zugänglich gemacht werden. Gegenwärtig hat das Ministerium für Öffentliche Arbeiten den Hafen von Grodno in Ordnung gebracht, dessen Gebiet bis auf 9000 Quadratmeter erweitert wurde. In diesem Hafen sind zwei Dampfschiffe stationiert, die zwischen Lüneburg und Grodno verkehren und die sich, hauptsächlich im Sommer, eines lebhaften Zuspruchs seitens der Sommerfrischer erfreuen. Infolge der Schwierigkeiten, die von Seiten Litauens hinsichtlich der polnischen Holzflößung auf dem Niemen nach Memel gemacht werden, wird das Holz gegenwärtig auf dem Augustowski-Kanal und weiter auf der Bézra und Narwa bis zur Weichsel befördert. Der obenerwähnte Kanal ist bereits im Jahre 1919 dem öffentlichen Verkehr übergeben worden, eignet sich jedoch leider nicht für größere Dampfschiffe, auch nicht bei hohem Wasserstand, und zwar infolge der allzu schmalen Schleusen, die eine Breite von nur 5½ Metern haben.

Da die Wojewodschaft Polesie gewaltige Holzvorräte hat und gezwungen ist, diese mit der Eisenbahn zu transportieren, wurde in diesem Jahre an die Ausbesserung des Augustowski-Kanals geschritten, der während des Weltkrieges fast vollständig vernichtet worden ist und dessen Ausbesserung ziemlich große Kosten verursachte. Dieser Kanal wurde bedeutend vertieft und von der Pina bis Telechan aufgebaut, während für den Winter nur die Beendigung der Arbeiten an den beiden Schleusen zwischen Telechan und dem Wiggonowski-See verblieb. Da nun gleichzeitig die Regulierung der Szczara ihrem Ende entgegensteht, wird eine gute Verbindung von Pinsk bis hinter Memel geschaffen werden können, jedoch erst nach der Vertragsschließung mit Litauen, denn in der heutigen Zeit würde sich die Holzflößung nach Danzig auf der Szczara, dem Niemen, der Bézra und dem Narwa nicht verloren.

Was den dritten der Kanäle betrifft, und zwar den Krolewski-Kanal, so war dieser verhältnismäßig weniger ausbesserungsbedürftig und die Arbeiten beschränkten sich hier lediglich auf die Erhöhung der Brücken, die während des Weltkrieges teils für Kleinbahnen, teils für Straßen über den Kanal gelegt wurden. Nach Erlangung eines entsprechenden Kredits in Höhe von ungefähr 8 bis 10 Millionen Zloty, könnte dieser Kanal vertieft werden, aber dies hätte nur dann Zweck, wenn ein Kanal Brześć-Wiska gebaut werden würde, da der Bug nicht schiffbar ist. Gegenwärtig wird der Bau eines Kohlenkanals von Bagienka nach Łódź in Erwägung gezogen, mit Abzweigungen nach Warschau und Krakau. An zweiter Stelle kommt der Wisla-Dniester-Bug-Kanal, dessen Ausbau infolge einer Verständigung mit den Rumänen erfolgt, die am Bau eines Wasserweges zwischen dem Baltischen und Schwarzen Meer interessiert sind. Des weiteren wurden die Arbeiten des Regulierungsprojektes der Warthe im ehemaligen russischen Gebiet sowie der Narwa und des Bug beendet.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angehört.

Bromberg, 16. Oktober.

Landwirtschaftliche Lehrlingsprüfung im Herbst 1925.

Die diesjährige Herbstprüfung für landwirtschaftliche Lehrlinge der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft fand am 29. September auf dem Dominium des Rittergutsbesitzers Sondermann-Przyborówko statt. Zur Prüfung hatten sich 11 landwirtschaftliche Lehrlinge gemeldet, von denen drei zur Prüfung nicht zugelassen werden konnten, da sie die vorgeschriebene Praxis noch nicht nachweisen konnten. Die Prüfungskommission bestand aus den Herren: Rittergutsbesitzer Sondermann-Przyborówko, Administrator Tapper-Ludwincz und Ing. agr. Karzel-Posen. Von den acht Prüflingen bestanden zwei mit sehr gut, drei mit gut und drei mit genügend.

Die "Westpr. Landw. Ges." bemerkte dazu weiter: Wir bitten alle Betriebsunternehmer und Betriebsleiter, auch in der Zukunft darauf zu dringen, daß sich unsere landwirtschaftlichen Lehrlinge einer Prüfung unterziehen. Die Praxis allein, das rein mechanische Kennenlernen eines landwirtschaftlichen Betriebes gibt noch nicht die Gewähr, daß der junge Landwirt auch stets richtig zu handeln versteht. Er muß die Gelege, die Bedingungen für eine sachgemäße Produktion kennen lernen, um auch bei wechselnden Wirtschaftsverhältnissen die richtigen Maßnahmen treffen zu können. Diese Sicherheit in sachgemäßer Handlungsweise kann der junge Landwirt nur dann erlangen, wenn er sich Klarheit über alle fördernden und hemmenden Faktoren bei der landwirtschaftlichen Produktion verschafft. Wir appellieren daher an alle Mitglieder, ihren Söhnen eine landwirtschaftliche Fachausbildung zu geben, sie auf unsere landwirtschaftlichen Winterschulen zu schicken und zur weiteren Ausbildung anzuhalten, wenn sie den Beruf eines Landwirtes einmal ergreifen wollen."

Die Bromberger Theaterbücherei.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Es wissen noch immer nicht alle (und viele haben es wieder vergessen): Wir haben in Bromberg, Danzigerstraße (Gdańska) 22 III, eine "Deutsche Theaterbücherei". Sie verleiht gegen geringes Entgelt Rollenbücher an theaterspielfrudige Schulen, Vereine und Gemeinden in Stadt und Land. Nur Echte, Genußes und Natürliches enthält das Stückeverzeichnis, das inzwischen an Umfang zugenommen hat. Darum, ihr Freunde und Förderer der deutschen Dorf- und Kleinstadttheatern, wenn ihr Rat braucht und spielmäßige Stücke sucht: Die Bromberger Theaterbücherei steht euch mit Freuden zu Diensten. Sie will, wie alles Lebendige, wachsen. Und sie könnte noch fräsigster wirken, wenn es nicht weite Volkskreise gäbe, die spielfremd (oder spielfaul?) sind. Dabei schlummert in unserem Volke von alters her eine natürliche Freude am Komödienspiel. Sie gilt es zu wecken, ihr müssen neue und würdige Biele gegeben werden. An dieser volkszerzieherischen Aufgabe will nun unsere Theaterbücherei mithelfen durch Erleichterung der Rollenbeschaffung und spielfördernde Beratung.

Wie oft fragt der Dörfler und nicht minder der Kleinstädter über die gähnende Langeweile der Winterabende. Das Theater spielen ist eines der vielen Mittel, müßige Abendstunden mit tätiger Freude zu füllen. Und vor allem: es schafft Gemeinschaft, Werkgemeinschaft unter den Spielern, Erlebnisgemeinschaft unter den Zuschauern. Gemeinschaft aber brauchen wir Deutschen „in der Berstreitung“. W. D.

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorrückt, den Bezugspreis für Novbr.-Dezbr. oder den Monat November 1925 gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortzug der Zeitung nach dem 1. November gerechnet werden. Der Briefträger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

Der erste Schneefall ging gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr über Stadt und Umland herein, nachdem in der Mittagstunde ein leichter Regenschauer, mit kleinen Hagelkörnern untermischt, herabgekommen war. Da die Nachmittagstemperatur mehrere Grade über Null stand, so waren die zeitweise ziemlich dicht fallenden Schneeflocken nur ein ganz kurzes Dasein beschieden. Immerhin hat der Winter nunmehr auch hier — wie übrigens gestern früh schon in Posen — seine erste Besuchskarte abgeworfen. Dass er allmählich seine Einkehr vorbereitet, beweisen Meldungen über Schneefälle in verschiedenen Gegenden Deutschlands.

Der Autobus-Fahrplan für die Strecke Bromberg-Crone (Korowowo) ist geändert worden, worüber eine Anzeige Näheres bringt.

Wettbewerb. Auf dem Hofe des Grundstücks Nienauerstraße (Pomorska) 40 wurde gestern dem Einwohner Martin Dolnick ein Satz Betten gestohlen, die zur Rüstung ausgelagert waren.

Wettgenommen wurden gestern ein Dieb und ein Trunkenbold.

Bvereine, Veranstaltungen sc.

Heute, abends 8 Uhr, im Sivillcasino Bieder- und Balladen-Abend Robert Sperry. Am Flügel: Georg von Harten. Vorverkauf Buchhandlung E. Hecht Nach.

* Lissa (Leszno), 15. Oktober. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag 2 Uhr bei dem Saferneuerbau an der Wolfsruhmer Straße. Dachdeckermeister Franz Szaiba war mit zwei Hilfsarbeitern damit beschäftigt, Dachpappe mittels Winde von unten nach oben zu befördern. Diese neigte sich plötzlich nach vorn, bekam das Übergewicht und schlug nach unten, den Meister mit sich reißend. Dieser fiel auf Teeronton und Arbeitsgeräte und zog sich schwere innere und Kopfverletzungen zu, daß er nach etwa einer Stunde im St. Josephskrankenhaus diesen erlag. Dem an derselben Arbeitsstelle befindlichen Dachdecker Eusebowski fiel die herunterstürzende Winde auf den Kopf, gleichfalls schwere Verletzungen hervorrufend.

* Nakel (Naklo), 14. Oktober. Der Dienstag-Wochenmarkt war nur schwach besucht. Es war darum eine Preissteigerung zu verzeichnen. Butter kostete 2,50 bis 2,80, Eier, wenig vorhanden, bezahlte man mit 2,70—2,80. Die Preise für Obst hielten sich in der Höhe des vorigen Wochenmarkts. Im allgemeinen herrschte in unserer Stadt eine merkwürdige Teuerung, und trotz der großen Geldknappheit steigen die Preise für Artikel des täglichen Bedarfs. Während vor kurzer Zeit vielfach noch auf Kredit gekauft werden konnte und ratenweise Zahlungen gewährt wurden, ist es jetzt nicht möglich, ohne Bargeld etwas zu erhalten. — Man sucht von Seiten der Stadt der herrschenden Not Abhilfe zu schaffen, indem neue Straßen angelegt werden, wobei viele Arbeitslose beschäftigt werden, und die Hausbesitzer werden polizeilich veranlaßt, die notwendigen Reparaturen an ihren Häusern vorzunehmen. Auch die Bäckerfabrik wird vielen Familien Brot geben, da während der Kampagne sehr viele Arbeiter benötigt werden. Dafür ist in den anderen Betrieben die Arbeit auf ein Minimum beschränkt. Die Firmen können nicht die hohen Steuerlasten tragen und manche stehen vor dem Ruin.

* Posen (Poznań), 15. Oktober. Von einem Taschediebe um seine goldene Uhr bestohlen wurde bei der Rückkehr von einer Reise Dienstag abend gegen 10 Uhr auf dem Vorderperron der Linie 1 bei der Fahrt vom Bahnhof nach der Wasserstraße Generalsuperintendent D. Blau. Es handelt sich um ein wertvolles Familiandenken, eine glatte dünne Schlüsseluhr mit römischen Ziffern ohne Deckel, deren Glas an zwei Stellen etwas beschädigt war. — Im Wahnstein aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern abend 7 Uhr aus seiner Wohnung im 2. Stock Górska Wilda 195 (fr. Kronprinzenstr.) der Arbeiter Franz Adamczyk. Er wurde zunächst dem Stadtkrankenhaus und darauf der Irrenabteilung überwiesen. — Für die Straßenbahn sollten im August aus der Esche bei 15 Motorwagen neue Typen eintreffen. Die Lieferung wird erst 1926 erfolgen. Sie sollen unserer Straßenbahn als Vorbild dienen bei der Herstellung von Wagen in den eigenen Werkstätten. Neuerdings hat die Straßenbahn vier Personenkraftwagen aus Paris bezeugt. Sie werden vom 25. d. M. ab den Verkehr auf Strecken unterhalten, die noch keine Straßenverbindung besitzen. Der Preis wird etwa 7 bis 8 Groschen für das Kilometer betragen. Die Fahrt nach Górska wird 30-40 gr kosten, nach Staroleśna etwa 50 gr. Jeder Wagen fährt 25 Personen, der größte 40. In diesem Jahre hat die Straßenbahn geleistet: die Strecke Wilda bis Dembien verlängert (800 Meter), die Strecke Górska Wilda bis zur städtischen Badeanstalt verlängert (900 Meter), die Strecke 9 vom 1. August ab von Solacz bis Golecin bzw. Artilleriekaserne verlängert.

* Schroda (Sroda), 12. Oktober. In Abwesenheit der Eltern stiele das vierjährige Töchterchen der Familie Słomin mit Streichhölzern. Dabei gerieten die Kleider des Kindes in Brand. An den Brandwunden starb die Kleine kurz darauf.

* Szczecin (Szczecin), 15. Oktober. Der Autobus, der täglich von Dąbrowa-Biskupia nach Szczecin fährt, wurde vor einigen Tagen durch Unvorsichtigkeit beim Aussteigen an einem Baum und in den Straßengraben geschludert. Etliche Personen erlitten dabei leichte Verletzungen. — Bei Suchatówka fanden Personen, die im Walde Pilze sammelten, die Leiche eines Erhängten. Der Tatort befindet sich bei dem Eisenbahnblock Glintki der Strecke Szczecin-Thorn.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau, 15. Oktober. Wie bereits kurz gemeldet, hat die Danziger Firma S. Anker die Direktion der in Zahlungsschwierigkeit geratenen Bank dla Handlu i Przemysłu verklagt, weil die Bank Scheine ohne Deckung ausgestellt hatte. Die Firma S. Anker gibt an, daß sie von L. Spiegelmann in Warschau für Deckung dessen Schulden einen Schein in Höhe von 3000 Zloty erhalten hat, den die Bank dla Handlu i Przemysłu am 27. August d. J. auf die Bank Polski ausgestellt hatte. Die

Firma hat diesen Schein der Bank Handlow in Warschau zum Inkasso überwiesen, die den Schein wiederum durch die Verrechnungskammer der Bank Polski auf sich, die jedoch die Zahlung ablehnte, da die Deckung für den Schein fehlte. Infolgedessen wurde der Schein am 2. September beim Notar protestiert. Außerdem hat die Firma S. Anker von der Bank dla Handlu i Przemysłu unter dem Titel Rückgabe inkassierter Gelder auf die Irvingbank Gol. Trust, Com. Neuport in Höhe von 1431 96 Dollar erhalten. Auch dieser Schein wurde der Firma zurückgegeben, da keine Deckung vorlag. Infolgedessen hat die Firma gegen das Direktorium der Bank dla Handlu i Przemysłu beim Warschauer Friedensgericht Klage eingereicht. In der heutigen Verhandlung erklärte der angeklagte Direktor Urbanski, daß er sich keiner Schuld bewußt sei, da der Schein in Wirklichkeit gedeckt war. Der Verteidiger der Angeklagten legte zwei Briefe der Bank Polski vor, aus welchen hervorgehen soll, daß die Deckung am 27. August noch existierte und sogar noch am 2. September existiert hat. Was den Dollarschein anbelangt, so erklärte der Verteidiger, daß die Bank dla Handlu i Przemysłu sich in einem Kontokorrentverhältnis zu der Neu Yorker Irvingbank befunden hat. Der Prozeß wurde vertagt, um verschiedene Sachverständige in der Angelegenheit zu hören.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 16. Oktober auf 3,974 31. festgelegt.

Zloty am 15. Oktober. Danzig: —; Berlin: Zloty 67,66—68,34; Überweisung Warschau 69,02—69,38; Breslau und Katowitz 68,92—69,28; Zürich: —; London: Überweisung Warschau 116,65; New York: —.

Warschauer Börse vom 15. Oktober. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 27,95%; 28,03—27,88; Holland 241,20, 241,80—240,60; Kopenhagen: —; London 29,06, 29,18—28,99; Neuport 5,98, 6,00 bis 5,96; Paris 27,11, 27,18—27,04; Prag 17,80, 17,84—17,76; Schweiz 115,75, 116,04—115,46; Stockholm 160,90, 161,30—160,50; Wien 84,60, 84,81—84,39; Wien: —; Italien 23,66, 23,72—23,60.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 15. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: Reichsmark —; Gd. —; Br. 100 Zloty 85,84 Gd., 85,86 Br., 1 amerik. Dollar —; Gd. —; Br., Scheid London 25,21 Gd., 25,21 Br. —; Teleg. Auszahlungen: London 1 Pfd. Sterling —; Gd. —; Br., Berlin in Reichsmark 123,975 Gd., 124,285 Br., New York —; Gd. —; Br., Holland 100 Gulden —; Br., —; Br., Zürich 100 Fr. —; Br., Holland 100 Gulden —; Br., —; Br., Kopenhagen 100 Kr. —; Br., —; Br., Paris —; Br., —; Br., Warschau 100 Zl. 85,89 Gd., 85,81 Br.

Berliner Devisenkarte.

Offizielle Diskon- tsätze	Für drahtlose Auszählung in deutscher Mark	In Reichsmark	
		15. Oktober Geld	14. Oktober Brief
—	Buenos-Aires . 1 Psl.	1,724	1,728
7,3 %	Japan . 1 Yen	1,715	1,715
	Konstantinopel 1 Pfd. Pf.	2,365	2,375
4,5 %	London . 1 Pfd. Strl.	20,306	20,353
3,5 %	New York . 1 Doll.	4,193	4,205
	Rio de Janeiro 1 Mir.	0,599	0,618
—	Amsterdam . 100 Fl.	168,64	169,05
10 %	Athen . 5 Dr.	5,74	5,74
5,5 %	Brieffel. Antw. 100 Fr.	19,09	19,13
8 %	Danzig . 100 Gulden	80,54	80,74
7 %	Italien . 100 Lira	16,34	16,58
7 %	Jugoslavien 100 Dinar	7,455	7,475
5,5 %	Kopenhagen . 100 Kr.	103,87	104,13
9 %	Lissabon . 100 Escute	21,225	21,275
5 %	Oslo-Christiansia 100 Kr.	84,99	85,21
6 %	Paris . 100 Fr.	18,93	18,97
7 %	Brag . 100 Kr.	12,42	12,48
4 %	Schweiz . 100 Fr.	80,865	80,580
10 %	Sofia . 100 Lev	3,045	3,055
5 %	Spanien . 100 Pes.	60,15	60,31
5 %	Stockholm . 100 Kr.	112,26	112,54
9 %	Budapest . 100000 Kr.	5,875	5,895
9 %	Wien . 100 Sch.	59,13	59,27
—	Ranau . 1 Dollar	4,195	4,205
	Uruguay . 1 Golpe.	4,245	4,245

Zürcher Börse vom 15. Oktober. Amtlich. New York 5,18%; London 25,10%; Paris 23,37%; Holland 20,8%; Berlin 12,5%.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr.

